

Migration und europäische Identität - Bildung und Arbeit als Schlüssel - Der deutsche Weg der Integrationspolitik

Prof. Dr. Maria Böhmer, *MdB, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, Beauftragte für Migration, Integration und Flüchtlinge*

2007 ist das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“, 2008 wird das Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs“ sein. Damit stehen hoch spannende Fragen auf der europäischen Agenda: Wie stärken wir den sozialen Zusammenhalt? Wie ermöglichen wir bessere Bildung? Wie erhöhen wir die Arbeitsmarktchancen für Zuwanderer? Wie verständigen wir uns auf grundlegende gemeinsame Werte? Dem entspricht, dass nahezu alle europäischen Länder ihre Integrationspolitik neu definieren, wie auf der großen Konferenz der europäischen Integrationsminister in Potsdam im Mai 2007 deutlich wurde, zu der die deutsche Ratspräsidentschaft eingeladen hatte. Alle gehen dabei eigene Wege. Denn die Geschichte der Zuwanderung ist jeweils eine andere. Die dominierenden Zuwanderungsgruppen unterscheiden sich, Staatsbürgerschaft wird unterschiedlich verstanden. Gleichwohl bestehen zum Teil sehr ähnliche Probleme und zum Teil werden darauf ähnliche Antworten gegeben. Deshalb brauchen wir den Austausch unter den europäischen Ländern und darüber hinaus.

In Deutschland haben wir mit dem „Nationalen Integrationsplan“ einen völlig neuen Weg beschritten. Aus der Erkenntnis heraus, dass Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, die der Staat nicht alleine lösen kann, hat die Bundesregierung alle an einen Tisch geholt: Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen, Vertreter von Verbänden, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Kirchen, der Wissenschaft, des Sports, der Medien, der Kultur und vor allem der Migranten selbst. Kennzeichen des Nationalen Integrationsplans sind die Selbstverpflichtungen, die alle Beteiligten eingehen, insgesamt 400. Damit tragen alle dazu bei, dass Talente erkannt und Potenziale ausgeschöpft werden. Dieser neue Weg stößt in anderen Ländern auf großes Interesse.

Die Situation in Deutschland und Italien

Deutschland und Italien verbindet eine lange Migrationserfahrung: 2005 haben wir den 50. Jahrestag des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens begangen. Über 4 Millionen Italiener sind seit dem 2. Weltkrieg nach Deutschland gekommen. Sie stellen mit etwa 540.000 Personen die zweitgrößte Gruppe von Ausländern in Deutschland dar. Deutschland verdankt ihnen einen Teil seines Wohlstands, aber auch seiner Lebenskultur.

Im Verhältnis zu den alten Einwanderungsländern Frankreich und USA sind Deutschland und Italien eher junge Einwanderungsländer, weitgehend ohne koloniale Migration. Deutschland war lange Zeit Auswanderungsland. Zuwanderung wurde, jedenfalls quantitativ, erst nach dem Zweiten Weltkrieg bedeutsam. Nach 1945 hat Deutschland erfolgreich Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen integriert. Das waren Deutsche, aber auch sie mussten erst neu ankommen und aufgenommen werden. Dann kamen die so genannten „Gastarbeiter“. Sie haben zur wirtschaftlichen Kraft und kulturellen Vielfalt Deutschlands beigetragen. Zu Beginn der 1990er Jahre kamen viele Spätaussiedler aus Osteuropa und viele Flüchtlinge, insbesondere aus dem ehemaligen Jugoslawien. Deutschland hat mehr Asylbewerber aufgenommen als alle anderen europäischen Länder. Das ist durchaus vergleichbar mit den seit 2006 stark ansteigenden Anlandungen von Flüchtlingen in Süditalien.

In den letzten Jahren ist die Zuwanderung zurückgegangen und hat fast die Zahl der Auswanderung erreicht. 2006 lag der Saldo bei 20.000. Seit 2005 ist in Deutschland eine verstärkte Abwanderung junger Menschen zu beobachten. Bei Menschen mit deutschem Pass gab es sogar eine Netto-Abwanderung von 52.000. Hinter diesen Zahlen verbergen sich große Wanderungsbewegungen mit Zuzügen und Fortzügen von über 600.000 Personen. Die verringerte Zuwanderung ändert aber nichts an der Tatsache, dass 15 Millionen Menschen in Deutschland aus Zuwandererfamilien stammen, also jeder Fünfte. In großen westdeutschen Städten stammen bis zu 40% der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, in einigen Jahren werden es die Hälfte sein.

Die meisten Migranten haben sich gut integriert. Bei einem Teil der Kinder und Enkel der Immigranten bestehen jedoch Probleme wie schlechte Sprachkenntnisse, niedriges Bildungsniveau und hohe Arbeitslosigkeit. Integration ist deshalb eine Schlüsselaufgabe in Deutschland. Lange Zeit hatten wir keine systematische Integrationspolitik. Lange Zeit glaubten beide Seiten, die „Gastarbeiter“ würden in ihre Heimatländer zurückkehren. Aber die Mehrheit ist geblieben. Deutschland ist Integrationsland. Ausdruck hierfür ist auch das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Zuwanderungsgesetz.

In Italien stellt sich die Situation etwas anders dar: Es ist erst in jüngster Zeit vom Auswanderungs- zum Aufnahmeland geworden. Aktuell steht es im Spannungsfeld zwischen illegaler Migration und großem Bedarf an Arbeitskräften und mitten in der Debatte um ein neues Zuwanderungsgesetz. Trotz der Unterschiede in den beiden Ländern ist ein Mentalitätswechsel in Politik und Bevölkerung erkennbar und notwendig, eine gesellschaftspolitische Neuorientierung im Sinne des aktiven Handelns für ein besseres Zusammenleben in allen Bereichen, gerade auch vor dem Hintergrund religiöser und kultureller Spannungen.

Schlüsselaufgabe Integration

Integration bedeutet gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen. Es bedeutet, Verantwortung zu übernehmen und sich mit der neuen Heimat zu identifizieren, ohne die eigenen Wurzeln aufzugeben. Dies müssen wir fordern und fördern.

Die Bundesregierung begreift Integration als eine der Zukunftsaufgaben überhaupt. Sie kann nur gemeinsam bewältigt werden. Daraus hat die Bundesregierung zwei Konsequenzen gezogen: Erstens, wir haben einen ständigen Dialog mit allen Beteiligten begonnen. Wir reden nicht mehr übereinander, sondern miteinander. Zweitens, wir nehmen uns der Integration in allen ihren Facetten an, in Schule und Beruf, in der Kultur, in den Medien, dem Sport. Ein besonderer Stellenwert kommt dabei den Sprachkenntnissen, der Bildung, der Integration in den Arbeitsmarkt und der Gleichberechtigung der Frauen und Mädchen zu.

Ein Blick in den Nationalen Integrationsplan, der auf dem Zweiten Integrationsgipfel von der Bundeskanzlerin am 12. Juli 2007 vorgelegt wurde, belegt, dass Deutschland sich anschickt vom Land der Projekte zum Land erfolgreicher Programme für bessere Integration zu werden. Klaus Bade, der Nestor unter den deutschen Migrationsforschern, nennt Integration in Deutschland einen „pragmatischen Erfolgsfall“, der gleichzeitig viele Defizite aufweist. Wir stehen vor großen Herausforderungen.

Bildung, Ausbildung, Arbeit

Bildungschancen von Kindern hängen in Deutschland stärker als in anderen europäischen Ländern immer noch stark von der sozialen Herkunft ab. Diese Abhängigkeit müssen wir durchbrechen, und zwar aus ökonomischen wie aus moralischen Gründen.

Chancengerechtigkeit herzustellen ist eine der wichtigsten Aufgaben des demokratischen Staates. Bildung ist zugleich der Schlüssel zu Integration. Und Bildung ist unsere wichtigste Ressource. Neben der Bildung und Ausbildung entscheidet die Arbeit mit über das Gelingen oder Mislingen von Integration. Für die hier genannten Fragen ist nicht allein die Bundesregierung zuständig. Im Fall der Bildung sind es die Bundesländer, im Fall der frühen Sprachförderung die Kommunen.

Der Philosoph Wittgenstein hat gesagt: „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt“. In diesem Sinne eröffnen wir Welten, indem wir die Kenntnis der Landessprache fördern. Deswegen müssen die Sprachkenntnisse vieler Kinder und Jugendlicher, auch der zweiten und dritten Generation, systematisch verbessert werden, und dies vom Kindergarten und der Vorschule an. Notwendig sind so genannte Sprachstandsfeststellungen, wie sie in einigen Bundesländern vorgesehen sind. Die Deutschkenntnisse der Kinder werden vor der Einschulung geprüft. Das bedeutet nicht „Auslese“, sondern ist eine Grundlage für weitergehende und spezifische Förderung. Dafür entscheidend ist, dass wir Eltern und potentielle Eltern stärken, dies gilt insbesondere für die Mütter. Ihnen kommt eine Schlüsselfunktion im Integrationsprozess zu.

In Deutschland sind Integrationskurse Pflicht für alle Neu-Zuwanderer. Sie bestehen aus Sprachunterricht sowie einem Orientierungsunterricht, der Grundkenntnisse von unserem Staat, unserer Gesellschaft und unserer Geschichte vermittelt. Neu ist die stärkere Differenzierung nach dem Grad der Alphabetisierung, der Ausbildung und den bereits vorhandenen Deutschkenntnissen. Bestimmte Personengruppen werden dann 900 – nicht wie bisher 600 - Stunden Sprachunterricht erhalten. Arbeitslose, die bereits hier leben, werden verpflichtet, daran teilzunehmen, um ihre Chancen auf einen Job zu verbessern. Entscheidend ist aber, Hemmschwellen abzubauen und Angebote zu machen, die die jeweilige Lebenssituation berücksichtigen. Wir sind dabei auf die Mitwirkung der Migrant*innenverbände und Moschee-Gemeinden sowie der ausländischen Medien angewiesen. Diese sind zunehmend bereit, zur Integration in Deutschland beizutragen und sich nicht mehr wie bisher nur als Brücke in die alte Heimat zu verstehen. So bietet beispielsweise die türkische Zeitung SABAH einen fortlaufenden Deutschkurs in ihrer Zeitung an.

Die verhältnismäßig geringe Bildung der Menschen aus Migrantenfamilien ist darauf zurückzuführen, dass viele Zuwanderer nicht oder nur gering qualifiziert waren. Das Bildungsniveau der Eltern prägt das der Kinder und teilweise auch das der Enkel. 41% der ausländischen Jugendlichen besuchen eine Hauptschule, nur 15% der deutschen; 18% der ausländischen Jugendlichen erreichen keinen Schulabschluss, hingegen nur 7,5% der deutschen.

Die Probleme sollten jedoch die positiven Anknüpfungspunkte nicht überdecken: Die hohe Lernbereitschaft und die positive Lerneinstellung vieler Jugendlichen aus Zuwandererfamilien, vor allem der Mädchen, und die hohe Bildungsakzeptanz der Eltern, die ihren Kindern eine bessere Zukunft bieten wollen.

In Finnland lautet das Leitmotiv der Bildungspolitik: „Wir brauchen hier jeden, hoffnungslose Fälle können wir uns nicht leisten“. Das sollten wir uns zu eigen machen. In diesem Sinne müssen wir handeln. Wir brauchen mehr Erzieherinnen und Erzieher, mehr Lehrerinnen und Lehrer aus Migrantenfamilien. Wir müssen die Lehrerbildung an die Gegebenheiten anpassen. Wir müssen die Eltern stärker einbeziehen und mit den Verbänden zusammenarbeiten. Der Nationale Integrationsplan wird uns in allen diesen Bereichen voranbringen.

Die Bildungsdefizite sind bei den verschiedenen Migrantengruppen unterschiedlich

groß. So haben nicht nur türkisch-stämmige, sondern gerade auch italienisch-stämmige Jugendliche große Probleme einen guten Abschluss zu machen. Deshalb arbeite ich mit dem italienischen Botschafter in Berlin, Herrn Puri Purrini, zusammen. Gemeinsam haben wir bereits eine große Informationsveranstaltung für italienisch-stämmige Familien im Raum Ludwigshafen-Mannheim durchgeführt. Weitere Veranstaltungen in Regionen mit vielen italienisch-stämmigen Familien werden folgen. Dabei setzen wir auch auf die Elternvereine. Gemeinsam wollen wir Hilfe zur Selbsthilfe geben, den Wert der Bildung vermitteln und das Verständnis für das deutsche Schul- und Hochschulsystem fördern.

Was die Ausbildung anbelangt, so bleiben 41% der 25-bis 35jährigen aus Migrantenfamilien ohne beruflichen Bildungsabschluss, bei den anderen sind es nur 15%. Die Ausbildungsbeteiligungsquote sinkt seit 1994. Von 34% im Jahr 1994 auf 23% im Jahr 2006. Gegen diesen Trend haben wir Initiativen entwickelt. Wir müssen die Bedeutung der dualen Ausbildung vermitteln. Wer eine einfache Arbeit sucht, für den kann sich die duale Ausbildung als Verzögerung des Arbeitsanfangs darstellen, aber einfache Jobs fehlen in Deutschland. Deswegen ist Qualifizierung so notwendig. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze. Im Rahmen der Kampagne „Aktiv für Ausbildungsplätze“ haben wir schon jetzt die Zusage der ausländischen Unternehmensverbände, 10.000 neue Ausbildungsplätze bis 2010 zu schaffen.

Mein persönlicher Beitrag für Bildung und Ausbildung wird ein bundesweites „Netzwerk Bildungspaten“ sein. Die italienischen Kulturmediatoren („mediatori culturali“) in Schulen, Krankenhäusern, öffentlichen Verwaltungen, Polizei und Gerichten stellen dafür eine gute Anregung dar.

Derzeit ist die Arbeitslosenquote von Ausländern etwa doppelt so hoch wie von Deutschen. Hier müssen wir das Bewusstsein in Unternehmen fördern: Die Vielfalt der Menschen, ihre unterschiedlichen Erfahrungen, Sprachkenntnisse und Kompetenzen, ihr Bezug zu unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen muss als große Chance erkannt werden. Die Bundesregierung fördert dies nach Kräften. Die Bundeskanzlerin hat die Schirmherrschaft über die „Charta der Vielfalt“ übernommen, die bislang von mehr als 100 Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen unterzeichnet worden ist. Damit sie weiter Verbreitung findet, habe ich die Kampagne „Vielfalt als Chance“ angestoßen, ein neues Markenzeichen der Bundesregierung. In diesem Rahmen werden wir drei Wettbewerbe für die besten Modelle der Förderung von Vielfalt in Unternehmen ausschreiben. So eröffnen wir einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt. Fördern wollen wir auch Existenzgründungen von Migranten. Schon heute haben 300.000 von ihnen Unternehmen gegründet und eine Million Arbeitsplätze geschaffen.

Gemeinsame Werte als Grundlage

Integration heißt Chancen geben. Aber das genügt nicht. Trevor Phillips, der Vorsitzende der künftigen „Commission for Equality and Human Rights“ und früher Anhänger des britischen Multikulturalismus, hat mir vor einiger Zeit gesagt: „Wir haben uns zu sehr auf das ‚Multi‘ konzentriert und zu wenig auf die gemeinsame Kultur“. Nach den U-Bahn-Attentaten in London sei er selbst nachdenklich geworden. Heute sagt er: „Wer Menschen immer verschiedenen Kulturen zuordnet, geht von einem statischen Konzept aus, in dem sich die Kultur nicht ändert. Er wird den Menschen nicht gerecht“. Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Er verändert den, der zu uns kommt, aber auch uns.

Gemeinsame Werte sind grundlegend für ein friedliches und erfolgreiches Zusammenleben. Es sind die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Niemand muss seine Wurzeln aufgeben. Aber die Grundlage ist klar: die Akzeptanz von Menschenrechten, Demokratie, Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit - das sind nicht verhandelbare Werte.

Ich selbst komme aus der Frauenpolitik und setze mich besonders für die Gleichberechtigung ein. Das, wofür wir jahrzehntlang gekämpft haben, was wir durchgesetzt haben, ist in vielen Migrantenfamilien keine Realität. Die Gleichberechtigung der Mädchen und Frauen im Alltag muss gestärkt werden. Alle müssen an Klassenfahrten teilnehmen dürfen und niemand darf gezwungen werden, das Kopftuch zu tragen. Zwangsverheiratung soll ein eigener Straftatbestand werden.

Immer mehr Bundesländer planen, muslimischen Religionsunterricht einzuführen, viele sind in der Erprobungsphase weit fortgeschritten. In mehreren großen Städten in Deutschland sind große Moscheen in Planung. Beides ist Ausdruck der Religionsfreiheit und beides dokumentiert, dass der Islam Teil der deutschen Gesellschaft geworden ist, wie Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble es formuliert hat. Alle Seiten haben hier die Pflicht, Konfrontationen zu entschärfen, den Dialog zu suchen und die Religionsfreiheit als Kernfreiheit demokratischer Staaten anzuerkennen. Probleme entstehen dort, wo bestimmte Gruppen Religionsfreiheit in Anspruch nehmen, aber nicht bereit sind, unsere grundgesetzliche Ordnung zu akzeptieren. Hier müssen beide Seiten einander entgegenkommen und zu Veränderungen bereit sein. Dem dient auch die Deutsche Islamkonferenz, die seit September 2006 auf Einladung des Bundesinnenministers tagt.

Vielfalt in Einheit

Vor 50 Jahren wurden in Rom die Römischen Verträge unterzeichnet, der Grundstein für unser Zusammenleben in Europa heute. Der Reichtum Europas ist die Vielfalt seiner Menschen. Sie leben zum ersten Mal in der Geschichte seit mehr als 50 Jahren in Frieden. So wie Europa zeichnen sich unsere Gesellschaften durch Vielfalt aus. Vielfalt bedeutet Bereicherung und Chance. Durch mehr Verständnis füreinander können wir Konflikte vermeiden.

Dies gelingt nur als gemeinsame Anstrengung. Wir müssen für ein positives Verständnis werben und aus Erfahrungen anderer lernen. Zugleich stehen wir als Europäer in der Verantwortung für das, was an Europas Außengrenzen geschieht. Patrouillenboote und Zäune reichen nicht. Sehen wir die Menschen: ihre zum Teil völlig unrealistischen Hoffnungen, die Schicksale ihrer Familien. Gemeinsam müssen wir dazu beitragen, die Situation in den Herkunftsländern zu verbessern. Nur dann können wir Zuwanderung steuern. Ich bin gegen eine Festung Europa und für ein Europa der Vielfalt, das seiner humanitären Verpflichtung gerecht wird. So wie wir Globalisierung gestalten wollen und müssen, so müssen wir Migration und Integration gestalten. Für das friedliche Zusammenleben in unseren Ländern, in Europa und in der Welt, ist keine Anstrengung zu groß.

Weitere Informationen zur Integrationspolitik der Bundesregierung und zum Nationalen Integrationsplan finden Sie unter: www.integrationsbeauftragte.de; www.vielfalt-als-chance.de; www.zuwanderung.de.